



# Newsletter 38

[www.dgmh.org](http://www.dgmh.org)

*für unsere  
Patienten*

September 2009

Deutsche Gesellschaft für miasmatische Homöopathie e. V. (DGMH)

Liebe Leserinnen und Leser,  
dieser Newsletter ist ein wenig anders.  
Denn am 27. September 2009 ist Bundestagswahl. Ein Termin, von dem für die Homöopathie einiges abhängt, denn die Veränderungen im Gesundheitswesen sind an manchen Punkten ausgesprochen bedrohlich für diese Form der Medizin.

Daher möchten wir Ihnen die Standpunkte der politischen Parteien zur Homöopathie nahebringen. Unser Dank gilt dem Deutschen Zentralverein Homöopathischer Ärzte (DZVhÄ), der die gesundheitspolitischen Sprecher der Parteien interviewt und uns die Texte zur Verfügung gestellt hat. Dafür herzlichen Dank!

Wir drucken in dieser Ausgabe den zweiten Teil der Interviews ab und bitten Sie, das Thema Homöopathie bei Ihrer Wahlentscheidung am 27. September im Blick zu behalten. Die Homöopathie braucht Anerkennung und Unterstützung durch die Politik. Wählen Sie Homöopathie!

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und gute Gesundheit!

*Ihr Newsletter-Team der DGMH*

## Sie haben die Wahl! (Teil 2)

### Die Positionen der Parteien zur Homöopathie / Fragen und Antworten der gesundheitspolitischen Sprecher

Welche Perspektiven bieten die im Bundestag vertretenen Parteien der Komplementärmedizin im Allgemeinen und der Homöopathie im Besonderen? Der Deutsche Zentralverein Homöopathischer Ärzte (DZVhÄ) hat die gesundheitspolitischen Sprecher der Parteien interviewt: für die CDU/CSU **Annette Widmann-Mauz**, für die SPD **Dr. Marlies Volkmer**, für die FDP **Dr. Konrad Schily**, für Bündnis 90/Die Grünen **Birgitt Bender** und für die Linke **Frank Spieth**.

Damit Sie die Antworten besser vergleichen können, haben wir zu jeder Frage die Antworten aller Sprecher abgedruckt. Teil 1 des Interviews finden Sie in der Ausgabe des vergangenen Monats.





**7. In Deutschland wird die klinische Forschung z.B. im Bereich der Homöopathie nur mit Mitteln von privaten Stiftungen gefördert. Wird sich Ihre Partei für die öffentliche Förderung der Forschung in diesem Gebiet und entsprechende Forschungsgelder einsetzen?**

**Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU):**

Die Forschung an Arzneimitteln der Komplementärmedizin ist für viele Universitätskliniken nicht attraktiv genug und für die betroffenen pharmazeutischen Hersteller oft zu aufwändig. Deshalb ist es Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit für Arzneimittel der Komplementärmedizin eine Chance zur Durchführung von klinischen Studien besteht. Erste Ansätze dazu gibt es bereits, wie beispielsweise die Professur zur Komplementärmedizin an der Charité.

**Dr. Marlies Volkmer (SPD):**

Für den Bereich der Komplementärmedizin ist nach meiner Auffassung vor allem der Bereich der Versorgungsforschung interessant. Hier könnte ein Ansatzpunkt liegen, an dem Komplementär- und Schulmedizin sich gemeinsam auf den Weg machen, um der Frage nach dem individuellen Nutzen einer Behandlungsmethode stärker auf den Grund zu gehen. Nach meiner Überzeugung bedarf dieser wichtige Bereich dringend einer besseren Förderung durch die öffentliche Hand, da sie, wie wir sehen, sonst nicht stattfindet.

**Dr. Konrad Schily (FDP):**

Wir kreisen immer wieder um den gleichen Punkt. Ein Wirksamkeitsnachweis ist heute nicht gegeben, wenn er nicht zufallsverteilt und doppelblind durchgeführt wird. Damit machen wir die Patienten zu Versuchsobjekten und grenzen den ärztlichen Heilerwillen bewusst aus. Die Ergebnisse sind durch diese Fragestellung vorgegeben. Wirkliche klinische Beobachtungen gelten nichts mehr. Im Wege steht ein mechanistisches Modell, das staatlich zum Dogma erhoben wurde. Hier sind nur



*Annette Widmann-Mauz, CDU/CSU  
(Foto: Dt. Bundestag/F. Ossenbrink)*

*Dr. Marlies Volkmer (SPD)  
(Foto: Dt. Bundestag/Bildstelle)*



bestimmte Annahmen gültig und entsprechende Prüfungsarten zugelassen. Führen Sie eine ergebnis- oder nutzenorientierte Studie, z.B. bei einer Grippewelle, durch. Lassen Sie eine Gruppe naturheilkundlich, eine homöopathisch und eine schulmedizinisch behandeln und sehen Sie dann, was dabei herauskommt. Wenn sich dann zeigt, dass die Patienten, die naturheilkundlich oder homöopathisch behandelt wurden, wesentlich früher wieder gesund sind – oder umgekehrt - dann hat man ja ein Ergebnis.

**Birgitt Bender (B90/Die Grünen):**

Ja, wir sehen hier ebenso wie in der Versorgungsforschung großen Bedarf und werden uns für die Verankerung in einem Koalitionsvertrag einsetzen.

**Frank Spieth (Die Linke):**

Das ist eine Kritik, die ich voll und ganz teile. Das ist ein prinzipielles Problem, dass Versorgungsforschung so gut wie unbekannt ist, das gilt generell für das Gesundheitswesen und nicht nur für die Komplementärmedizin. Wir wissen viel zu wenig über Ursachen und Wirkzusammenhänge. Es gibt hier in der Tat erheblichen Forschungsbedarf. Die Politik der Bundesregierung geht auf Leuchtturmprojekte aus, die Deutschland wieder zur Apotheke der Welt machen will, und lässt die Versorgungsforschung außen vor. Ich halte das nicht für akzeptabel.

**8. Es gibt seitens der Gesundheitspolitik eine starke Tendenz zu einer leitlinienkonformen Medizin. Unterstützt Ihre Partei das Anliegen, Experten der gesetzlich anerkannten „besonderen Therapierichtungen“ im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) oder im IQWiG mitwirken und mitentscheiden zu lassen?**

**Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU):**

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) ist ein Gremium



Dr. Konrad Schily (FDP)  
(Foto: Dt. Bundestag/K.Dobek)

der gemeinsamen Selbstverwaltung von Ärzten, Krankenhäusern und Krankenkassen unter Mitberatung der Patienten. Die Union begrüßt es, wenn sowohl die Ärzte und Krankenkassen im Gemeinsamen Bundesausschuss als auch das IQWiG

Experten der besonderen Therapierichtungen in die Beratungen und Entscheidungen einbeziehen.

### Dr. Marlies Volkmer (SPD):

Aus meiner Sicht wären gemeinsame Spielregeln von Schul- und Komplementärmedizin zur Bewertung von Behandlungsformen wünschenswert. Deshalb sollten wir die Diskussion nicht scheuen, wie z.B. der Sachverstand der Komplementärmedizin stärker in die Arbeit des Gemeinsamen Bundesausschusses einbezogen werden kann.

### Dr. Konrad Schily (FDP):

Ja, das bewährt sich in den Arzneimittelkommissionen. „Leitlinienkonform“ heißt ja nichts anderes, als dass jede Krankheit typischerweise gleich zu behandeln sein müsste und damit normiert werden könnte. Das ist wieder sehr mechanistisch und kommt einer zentralistischen Medizin sehr entgegen. IQWiG und G-BA sind dabei Instrumente dieser zentralistischen Medi-

#### Anmerkung: G-BA und IQWiG

Der Gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) ist das höchste Gremium der gemeinsamen Selbstverwaltung im Gesundheitswesen. Hier entscheiden die Spitzenverbände der Krankenkassen, die Ärztevereinigungen sowie mit beratender Stimme Patientenvertreter gemeinsam über grundlegende Fragen des Gesundheitswesens bzw. der gesetzlichen Krankenversicherung. Der G-BA kann Leistungen von der Finanzierung durch die Kassen ausschließen, wenn er medizinischen Nutzen oder Wirtschaftlichkeit der Maßnahme nicht als gegeben ansieht.

Daneben ist der G-BA mit Qualitätssicherung und Qualitätsmanagement beauftragt. Hierbei unterstützt ihn das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG).

Dem G-BA wird oft vorgeworfen, er diene nur den Kassen und der Politik beim Versuch, das Gesundheitswesen zu Lasten der Patienten kostengünstiger zu gestalten.

Birgitt Bender (B90/Die Grünen)  
(Foto: B90/Die Grünen)



zin, in der staatlich festgelegt wird, was wir als Ärzte tun sollen und was als nicht wirksam erachtet wird.

### Birgitt Bender (B90/Die Grünen):

Ich begrüße Behandlungsleitlinien, da in vielen Fällen die Behandlung durch sie verbessert werden können. Leitlinien sind nie sklavisch anzuwenden, der Arzt/die Ärztin kann begründet abweichen. Aus meiner Sicht ist es eine wichtige Aufgabe der komplementärmedizinischen Verbände wie des DZVhÄ ihre jeweiligen Behandlungsansätze in die Leitlinien zu integrieren. Im G-BA muss die KBV für den Pluralismus sorgen. Wenn sinnvoll und notwendig sollte das IQWiG bei den Gutachten komplementärmedizinischen Sachverstand einbeziehen.

### Frank Spieth (Die Linke):

Das Problem, das ich da sehe, ist: Wenn wir alle Interessensvertreter im G-BA hätten, käme es nie zu einer Entscheidung. Die ärztliche Selbstverwaltung muss es schaffen, dass dort nicht nur die Schulmedizin am Tisch sitzt, zumindest dann, wenn es um die entsprechenden Themen geht.

## 9. ... und die Patienten? Sollen die im G-BA nur beraten oder mitentscheiden?

### Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU):

Ich halte es für richtig, dass es Patientenvertreter im Gemeinsamen Bundesausschuss gibt. Die Beteiligung der Patienten hat dazu geführt, dass die Entscheidungen transparenter und die Akzeptanz der getroffenen Beschlüsse größer geworden ist. Insgesamt gilt es, die Rechte der Patienten zu stärken und die Patientenbeteiligung kontinuierlich weiterentwickeln. Daher halte ich auch eine Beteiligung der Patienten in der sozialen Selbstverwaltung für sinnvoll.

### Dr. Marlies Volkmer (SPD):

Die Rolle der Patientenvertreter muss gestärkt werden, d.h. sie sollen mitentscheiden.



Frank Spieth (Die Linke)  
(Foto: Dt. Bundestag/AOK)

### Dr. Konrad Schily (FDP):

Im G-BA sollten die Patientenvertreter mitentscheiden. Die Rolle des IQWiG halte ich für undurchsichtig und würde die Patientenvertreter nicht durch eine Mitwirkung belasten wollen. Der GBA vergibt die Aufträge an das IQWiG, da sind Patientenentscheidungen wichtig.

### Birgitt Bender (B90/Die Grünen):

Wir setzen uns für die Stärkung der Rechte der PatientenvertreterInnen ein. Die bestehenden Mitberatungs- und Antragsrechte wollen wir ausbauen durch Antrags- und Abstimmungsrechte in Verfahrensfragen. Ein Mitentscheidungsrecht von PatientenvertreterInnen würde hohe Anforderungen an die demokratische Legitimation der VertreterInnen der PatientInnen stellen und die Gewählten unter hohem Rechtfertigungsdruck stellen.

### Frank Spieth (Die Linke):

Die Rolle der Patientenvertreter im G-BA muss gestärkt werden. Bevor jedoch Entscheidungskompetenzen geschaffen werden, halte ich es für unverzichtbar, sowohl im G-BA, als auch in den Landesausschüssen, die organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen. Derzeit können die Patientenvertreter nicht zuletzt wegen mangelnder personeller und bürotechnischer Ausstattung die Aufgaben, die zur echten Mitentscheidung nötig wären, nicht leisten.

## 10. Wer wird der nächste Gesundheitsminister?

### Annette Widmann-Mauz (CDU/CSU):

Das entscheiden die Wählerinnen und Wähler.

### Dr. Marlies Volkmer (SPD):

Ulla Schmidt.

### Dr. Konrad Schily (FDP):

Daniel Bahr.

### Birgitt Bender (B90/Die Grünen):

Wer immer es wird, sollte sich warm anziehen.

### Frank Spieth (Die Linke):

Ulla Schmidt.

#### Die DGMH

ist ein gemeinnütziger Verein, der sich um die Förderung der Homöopathie und besonders der miasmatischen Ausrichtung der Homöopathie bemüht.

Wir veranstalten Seminare, Vorträge und Fortbildungen für Laien und Therapeuten, bieten Gesundheitstipps und fördern den Austausch unter Homöopathen.

#### Den Vorstand der DGMH bilden:

Dr. med. Sybille Freund, Ärztin und qualifizierte Homöopathin,

Hp Christine Stroop, Tierheilpraktikerin und qualifizierte Homöopathin und

Markus Frieauff, Kommunikationsberater und Grafiker.

#### Die homepage [www.dgmh.org](http://www.dgmh.org)

bietet zahlreiche interessante Informationen, einen aktuellen Veranstaltungskalender, ein Diskussionsforum und viele andere nützliche Funktionen.

Für Laien wie Therapeuten bieten wir dort eine Plattform zur Information und zum Austausch über die miasmatische Homöopathie.

Schauen Sie doch mal rein!

[www.dgmh.org](http://www.dgmh.org)